

Inhalt:

Nr.6/2020
Dortmund,06.03.2020

Amtlicher Teil:

Regeln guter wissenschaftlicher Praxis an der Techni-
schen Universität Dortmund [Stand: 12.12.2019]

Seite 1 - 7

Regeln guter wissenschaftlicher Praxis an der TU Dortmund

[Stand: 12.12.2019]

I. Standards

1. Allgemeine Prinzipien

- a. Die TU Dortmund verpflichtet sich zur **Wahrung der Grundsätze guter wissenschaftlicher Praxis** und legt die entsprechenden nachfolgend aufgeführten Regeln fest, die den Angehörigen der Universität bekannt gegeben werden und auch für diese verpflichtend sind.
- b. Alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler tragen die Verantwortung dafür, dass das eigene Verhalten den Standards guter wissenschaftlicher Praxis entspricht, d.h. sie haben die grundlegenden Werte und Normen wissenschaftlichen Arbeitens in ihrem Handeln zu verwirklichen und für sie einzustehen. Die Vermittlung der Grundlagen guten wissenschaftlichen Arbeitens beginnt zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt in der akademischen Lehre und der wissenschaftlichen Ausbildung.
- c. Dazu gehört es, lege artis, also nach den in der jeweiligen Disziplin **akzeptierten Methoden**, zu arbeiten. Alle Ergebnisse sind konsequent selbst anzuzweifeln. Ein **kritischer Diskurs** in der wissenschaftlichen Gemeinschaft ist zuzulassen und zu fördern.
- d. Die Angehörigen der TU Dortmund sind insbesondere im Rahmen von Publikationen, Abschlussarbeiten, Vorträgen, Gutachten, Förderanträgen, Bewerbungen und Äußerungen gegenüber der Öffentlichkeit zu **Wahrheit und Ehrlichkeit** im Hinblick auf die eigenen und die Beiträge Dritter verpflichtet. **Geistiges Eigentum** anderer ist zu achten. Andere dürfen in ihrer Forschungstätigkeit nicht beeinträchtigt werden. Noch nicht publiziertes geistiges Eigentum anderer darf nur im Falle deren Zustimmung für die eigene Tätigkeit genutzt werden.
- e. Die **Aufgaben** und die **Verantwortlichkeiten** der an einem Forschungsvorhaben beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie des wissenschaftsakkessorischen Personals müssen zu jedem Zeitpunkt eines Forschungsvorhabens **klar** sein. Bei Förderanträgen für Forschungsprojekte muss vor Einreichung des Antrags die **Einwilligung** aller vorgesehenen verantwortlichen Mitwirkenden **in die Beteiligung an dem Projekt** vorliegen. Die **Mitwirkung an einem Forschungsprojekt** darf nicht ohne sachlichen Grund beendet werden. Bei der Veröffentlichung wissenschaftlicher Ergebnisse kommt für die Beteiligten nur aus wichtigem Grund eine **Verweigerung ihrer Einwilligung** in die Verwendung ihrer Beiträge in Betracht – etwa im Falle einer fachwissenschaftlich nachvollziehbaren Kritik an dargestellten Daten, Methoden oder Ergebnissen. Die Versagung der Einwilligung ist schriftlich zu begründen.
- f. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler berücksichtigen bei der Planung eines Vorhabens den **aktuellen Forschungsstand** umfassend und erkennen ihn an. Die Identifikation relevanter Forschungsfragen setzt sorgfältige Recherche nach bereits öffentlich zugänglich gemachten Forschungsleistungen voraus. Die Hochschule und assoziierte außerhochschulische Forschungseinrichtungen stellen die hierfür erforderlichen Rahmenbedingungen her.

- g. Zur Beantwortung von Forschungsfragen wenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler **fundierte und nachvollziehbare Methoden** an. Bei der Entwicklung und Anwendung neuer Methoden legen sie besonderen Wert auf die Qualitätssicherung und die Etablierung von Standards.

2. Die Leitung wissenschaftlicher Einrichtungen

Die Leitung der TU Dortmund und jeder außerhochschulischen Forschungseinrichtung trägt die Verantwortung für eine angemessene **institutionelle Organisationsstruktur**. Sie gewährleistet die eindeutige Aufgabenzuweisung hinsichtlich Leitung, Aufsicht, Qualitätssicherung und Konfliktregelung in Abhängigkeit von der Größe der einzelnen wissenschaftlichen Arbeitseinheiten. Den jeweiligen Mitgliedern und Angehörigen wird dies in geeigneter Form vermittelt. Zu den Rahmenbedingungen gehören klare, schriftlich festgelegte Verfahren und Grundsätze für die Personalauswahl und die Personalentwicklung sowie für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die Gewährleistung von Chancengleichheit.

3. Die Leitung wissenschaftlicher Arbeitseinheiten

Bei der Leitung einer wissenschaftlichen Arbeitseinheit tragen die entsprechenden Führungspersonen die **Verantwortung für die gesamte Einheit**. In dieser wirken die Beteiligten so zusammen, dass die Gruppe als Ganzes ihre Aufgaben erfüllen kann, dass die dafür nötige Zusammenarbeit und Koordination ermöglicht wird und dass allen Mitgliedern ihre Rollen, Rechte und Pflichten bewusst sind. Zur Leitungsaufgabe gehören die Gewährleistung der angemessenen individuellen Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie die Karriereförderung des wissenschaftlichen und wissenschaftsakkessorischen Personals. Die Leitung der gesamten wissenschaftlichen Einrichtung wie auch die einer wissenschaftlichen Arbeitseinheit hat Machtmissbrauch und das Ausnutzen von Abhängigkeitsverhältnissen durch geeignete organisatorische Maßnahmen zu verhindern.

4. Leistungsdimensionen und Bewertungskriterien

Für die Bewertung der **Leistung** von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gilt ein **mehrdimensionaler Ansatz**: Neben der wissenschaftlichen Leistung können weitere Aspekte Berücksichtigung finden. Die Leistungsbewertung folgt in erster Linie qualitativen Maßstäben, wobei quantitative Indikatoren nur differenziert und reflektiert in die Gesamtbewertung einfließen.

5. Vertraulichkeit und Neutralität bei Begutachtungen und Beratungen

Redliches Verhalten ist eine Grundlage eines legitimen Urteilsbildungsprozesses. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie die Mitglieder in wissenschaftlichen Beratungs- und Entscheidungsgremien sind zu **striker Vertraulichkeit** verpflichtet, wenn sie insbesondere über die Eignung von Personen entscheiden oder eingereichte Manuskripte oder Förderanträge beurteilen. Sie haben alle Tatsachen offenzulegen, die die Besorgnis einer Befangenheit begründen.

6. Rahmenbedingungen, Vereinbarung von Nutzungsrechten

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gehen mit der verfassungsrechtlich gewährleisteten Forschungsfreiheit verantwortungsvoll um. Sie berücksichtigen Rechte und Pflichten – insbesondere solche, die auf gesetzlichen Vorgaben, aber auch auf Verträgen mit Dritten beruhen. Sie holen, sofern erforderlich, **Genehmigungen und Ethikvoten** ein und legen diese vor.

Im Hinblick auf Forschungsvorhaben sollen die Forschungsfolgen gründlich abgeschätzt und die jeweiligen ethischen Aspekte beurteilt werden. Zu den rechtlichen Rahmenbedingungen eines Forschungsvorhabens zählen auch dokumentierte Vereinbarungen über die Nutzungsrechte an damit verbundenen Forschungsdaten und -ergebnissen.

7. Öffentlicher Zugang zu Forschungsergebnissen

Grundsätzlich bringen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler **alle Ergebnisse in den wissenschaftlichen Diskurs** ein. Im Einzelfall kann es aber Gründe geben, Ergebnisse nicht öffentlich zugänglich zu machen. Dabei darf diese Entscheidung nicht maßgeblich von Dritten abhängen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler entscheiden in eigener Verantwortung unter Berücksichtigung der Gepflogenheiten des betroffenen Fachgebiets, ob, wie und wo sie ihre Ergebnisse veröffentlichen.

Ist eine positive Entscheidung über die Veröffentlichung von Ergebnissen getroffen, werden diese vollständig und nachvollziehbar beschrieben. Dazu gehört es auch, soweit dies möglich und zumutbar ist, die den Ergebnissen zu Grunde liegenden Forschungsdaten, Materialien und Informationen, die angewandten Methoden sowie die eingesetzte Software verfügbar zu machen und Arbeitsabläufe darzulegen. Selbstprogrammierte Software wird unter Angabe des Quellcodes öffentlich gemacht. Eigene und fremde Vorarbeiten weisen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vollständig und korrekt nach.

Wird die Veröffentlichung diesen Anforderungen nicht gerecht, werden die Einschränkungen und die Gründe hierfür dargelegt.

8. Dokumentation

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dokumentieren alle für das Zustandekommen eines Forschungsergebnisses relevanten Informationen so nachvollziehbar, wie dies in dem betroffenen Fachgebiet erforderlich und angemessen ist, um das Ergebnis überprüfen und bewerten zu können. Grundsätzlich dokumentieren sie daher **auch Einzelergebnisse, die die Forschungshypothesen nicht stützen**. Eine Selektion von Ergebnissen hat in diesem Zusammenhang zu unterbleiben.

Sofern für die Überprüfung und Bewertung konkrete fachliche Empfehlungen existieren, nehmen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Dokumentation entsprechend den jeweiligen Vorgaben vor. Wird die Dokumentation diesen Anforderungen nicht gerecht, werden die Einschränkungen und die Gründe hierfür nachvollziehbar dargelegt. Dokumentationen und Forschungsergebnisse dürfen **nicht manipuliert** werden; sie sind bestmöglich gegen Manipulationen zu schützen.

9. Qualitätssicherung

Wenn wissenschaftliche Erkenntnisse öffentlich zugänglich gemacht werden (in Form von Publikationen, aber auch über andere Kommunikationswege), sind stets die angewandten Mechanismen der **Qualitätssicherung** darzulegen. Dies gilt insbesondere, wenn neue Methoden entwickelt werden.

10. Autorenschaft

Autorin oder Autor ist, wer einen **genuinen, nachvollziehbaren Beitrag** zu dem Inhalt einer wissenschaftlichen Text-, Daten- oder Softwarepublikation geleistet hat. Alle Autorinnen und Autoren stimmen der finalen Fassung eines zu publizierenden gemeinsamen Werks zu. Sie tragen für die Publikation die **gemeinsame Verantwortung**, es sei denn, insoweit wird explizit eine Einschränkung kundgetan. Autorinnen und Autoren wirken soweit möglich darauf hin, dass ihre Forschungsbeiträge von den Verlagen bzw. Infrastrukturanbietern so bezeichnet werden, dass Nutzerinnen und Nutzer sie korrekt zitieren können. Jede Person, die zu einer Veröffentlichung einen wesentlichen Beitrag geleistet hat, muss grundsätzlich als Autorin/Autor genannt werden. Den aufzubewahrenden Dokumenten einer

Publikation sollte eine Liste beigefügt werden, aus der der Beitrag der Autorinnen/Autoren hervorgeht. Eine **Ehrenautorenschaft ist ausgeschlossen**.

11. Publikationsorgane

Autorinnen und Autoren wählen das Publikationsorgan sorgfältig aus unter Berücksichtigung seiner **Qualität und Sichtbarkeit im jeweiligen Diskursfeld**. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die die Herausgeberfunktion übernehmen, prüfen sorgfältig, für welche Publikationsorgane sie diese Aufgabe durchführen. Die wissenschaftliche Qualität eines Beitrags hängt nicht von dem Publikationsorgan ab, in dem er öffentlich zugänglich gemacht wird.

12. Archivierung

In adäquater Weise, gemessen an den Standards des betroffenen Fachgebiets, **sichern** Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler **öffentlich zugänglich gemachte Forschungsdaten** bzw. Forschungsergebnisse sowie diesen zu Grunde liegende zentrale Materialien und gegebenenfalls die eingesetzte Forschungssoftware. Sie bewahren die Daten für einen angemessenen Zeitraum – mindestens zehn Jahre – auf. Sofern nachvollziehbare Gründe dafür existieren, bestimmte Daten nicht aufzubewahren, legen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler diese dar. Hochschulen und außerhochschulische Forschungseinrichtungen stellen sicher, dass die für eine Archivierung erforderliche Infrastruktur vorhanden ist.

II. Nichtbeachtung guter wissenschaftlicher Praxis

1. Fehlverhalten bei wissenschaftlicher Tätigkeit

- a. Wissenschaftliches Fehlverhalten liegt vor, wenn Angehörige der TU Dortmund schuldhaft, also vorsätzlich oder grob fahrlässig, gegen die Regeln guter wissenschaftlicher Praxis verstoßen, andere hierzu anstiften oder hierzu Beihilfe leisten.

Als schwere Verstöße gegen die Regeln guter wissenschaftlicher Praxis gelten insbesondere:

aa. Falschangaben durch

- (1) das Erfinden oder Verfälschen von Daten oder Untersuchungsergebnissen, insbesondere durch

- das Unterdrücken oder Beseitigen von im Forschungsprozess gewonnenen Daten oder Ergebnissen, ohne dies offen zu legen,
- die unzutreffende Behauptung, Daten oder Ergebnisse seien das Resultat einer empirischen Untersuchung,
- die Manipulation einer Darstellung oder Abbildung,
- wissentliche – nicht durch Daten bzw. Evidenzen gedeckte – Übertreibung der Bedeutung von Forschungsergebnissen (etwa gegenüber Medien), die den Prinzipien wahrhaftiger innerwissenschaftlicher Kommunikation widerspricht,

- das Verschweigen wichtiger Unsicherheiten der Ergebnisse – etwa Datenlücken, methodischer Probleme sowie begründeter Einwände oder anderer Umstände, nach denen die Ergebnisse als unsicher einzustufen sind,

- (2) inkongruente Darstellung von Bild und dazugehöriger Aussage,
- (3) unrichtige Angaben in einem Förderantrag oder im Rahmen der Berichtspflicht (einschließlich Falschangaben zum Publikationsorgan und zu in Druck befindlichen Veröffentlichungen), soweit diese wissenschaftsbezogen sind,
- (4) die Inanspruchnahme der (Mit-)Autorenschaft anderer in Publikationen und Förderanträgen ohne deren Einverständnis,
- (5) Vorlage einer Arbeit unter eigenem Namen, die entgegen den Regeln als Ganzes oder in zusammenhängenden Teilen von einer anderen Person verfasst wurde,

bb. Unberechtigtes Zueigenmachen fremder wissenschaftlicher Leistung durch

- (1) ungekennzeichnete Übernahme von Textinhalten Dritter ohne die gebotene Quellenangabe („Plagiat“) wie auch die ungekennzeichnete Übernahme eigener umfangreicher Texte/Daten, die bereits in Publikationen bzw. Examensarbeiten verwendet wurden („Selbstplagiat“),
- (2) Übernahme von Ideen oder Textteilen mit leichten Umformulierungen ohne Quellenangabe („Paraphrase“),
- (3) Übernahme eines übersetzten fremdsprachigen Textes ohne Angabe der ursprünglichen Quelle („Übersetzungsplagiat“),
- (4) Ausbeutung von Forschungsansätzen und Ideen anderer – insbesondere als Gutachter – („Ideendiebstahl“),
- (5) unbefugte Weitergabe von Daten, Theorien und Erkenntnissen an Dritte,
- (6) Anmaßung oder unbegründete Annahme einer Autorenschaft – insbesondere, wenn kein genuiner, nachvollziehbarer Beitrag zum wissenschaftlichen Inhalt der Publikation geleistet wurde,
- (7) unbefugte Veröffentlichung und unbefugtes Zugänglichmachen gegenüber Dritten, solange das Werk, die Erkenntnis, die Hypothese, die Lehre oder der Forschungsansatz noch nicht veröffentlicht ist,

cc. Beeinträchtigung der Forschungstätigkeit anderer durch

- (1) die Sabotage von Forschungstätigkeit (einschließlich des Beschädigens, Zerstörens oder Manipulierens von Versuchsanordnungen, Geräten, Unterlagen, Hardware, Software, Chemikalien oder sonstigen Sachen, die andere zu Forschungszwecken benötigen),

- (2) Verbot der Nutzung vorhandener Geräte oder Hilfsmittel ohne sachlichen Grund,
- (3) Verfälschung oder unbefugte Beseitigung von Forschungsdaten oder -dokumentationen

b. Wissenschaftliches Fehlverhalten ergibt sich – bei Vorliegen von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit – auch aus

aa. der **Mitautorenschaft** an einer Veröffentlichung, die Falschangaben oder unberechtigt zu eigenen gemachte fremde wissenschaftliche Leistungen enthält,

bb. der Vernachlässigung der **Aufsichtspflichten**, wenn eine andere Person objektiv den Tatbestand wissenschaftlichen Fehlverhaltens erfüllt hat und dies durch die erforderliche und zumutbare Aufsicht verhindert oder wesentlich erschwert worden wäre.

2. Verfahren bei Verdacht wissenschaftlichen Fehlverhaltens

a. Verfahrensordnung

Bei dem Verdacht eines schweren Verstoßes gegen die Regeln guter wissenschaftlicher Praxis wird seitens der Technischen Universität Dortmund ein Verfahren zur Ergreifung von Maßnahmen gegen den Handelnden durchgeführt.

Hierfür hat die TU Dortmund die „**Verfahrensordnung der Untersuchungskommission zur guten wissenschaftlichen Praxis**“ etabliert. Das Regelwerk umfasst Verfahrensvorschriften und Maßnahmen zur Ahndung festgestellten Fehlverhaltens.

b. Ombudspersonen

Die TU Dortmund hat das Amt mindestens einer unabhängigen Ombudsperson eingerichtet, an die sich ihre Mitglieder und Angehörigen **in Fragen guter wissenschaftlicher Praxis und in Fragen vermuteten wissenschaftlichen Fehlverhaltens** wenden können. Zu Ombudspersonen bestellt das Rektorat auf Vorschlag des Senats zwei Professorinnen/Professoren, deren Amtszeit vier Jahre beträgt. Eine Wiederbestellung ist möglich.

Die Hochschule trägt hinreichend dafür Sorge, dass die Ombudspersonen an der Einrichtung bekannt sind. Für jede Ombudsperson ist eine Vertretung für den Fall der Besorgnis der Befangenheit oder der Verhinderung vorgesehen.

Die Ombudspersonen bieten an, zwischen den an einem Konflikt Beteiligten zu **vermitteln**. Sie prüfen jeden an sie herangetragenen Verdacht des Verstoßes gegen die Regeln guter wissenschaftlicher Praxis auf Plausibilität, Konkretheit und Bedeutung, und sie beraten das Rektorat in Angelegenheiten der Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis. Ein **Untersuchungsverfahren** mit Anhörung der Beteiligten führen sie **nicht** durch. Dies obliegt der Untersuchungskommission. Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben ist eine Ombudsperson **unabhängig und an Weisungen nicht gebunden**.

c. Untersuchungskommission

Zur Klärung der Frage etwaigen wissenschaftlichen Fehlverhaltens in ihrem Bereich hat die TU Dortmund eine Untersuchungskommission eingesetzt.

Die Kommission ergreift **zur Aufklärung zweckmäßige Maßnahmen**, wenn sie durch eine Ombudsperson, ein universitäres Gremium, Mitglieder der TU Dortmund oder interne Informationen über Tatsachen, die den Verdacht eines schwerwiegenden Fehlverhaltens begründen, informiert wird. Nur bei Vorliegen hinreichend konkreter Verdachtsmomente leitet die Kommission ein Ermittlungsverfahren ein.

Die **Mitglieder der Untersuchungskommission** werden vom Rektorat auf Vorschlag des Senats bestellt. Der Kommission gehören vier Professorinnen/Professoren an. Weitere Mitglieder sind zwei wissenschaftliche Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der Universität sowie eine Wissenschaftlerin / ein Wissenschaftler oder ein Nichtmitglied der TU Dortmund mit der Befähigung zum Richteramt. Die Zusammensetzung der Kommission soll das Fächerspektrum der TU Dortmund repräsentieren. Die Amtszeit der Mitglieder beträgt vier Jahre; eine Wiederbestellung ist möglich. Die Untersuchungskommission wählt die Vorsitzende / den Vorsitzenden und ihren/seinen Stellvertreter aus der Gruppe der Professorinnen/Professoren.

Sie kann sich der Mitwirkung universitätsinterner oder -externer Expertinnen/Experten bedienen, wenn die Durchführung der Untersuchung zusätzliche Expertise erfordert.

Die **Angehörigen der TU Dortmund** sind verpflichtet, **die Untersuchungskommission bei ihrer Arbeit zu unterstützen**.

Die Ombudspersonen sowie die Untersuchungskommission werden bei ihrer Arbeit durch eine vom Rektorat benannte Person unterstützt.

Die Kommission **berichtet jährlich** über ihre Arbeit.

d. Hinweisgebende und Betroffene von Vorwürfen

Die zur Prüfung des Verdachts wissenschaftlichen Fehlverhaltens zuständigen Stellen – Ombudspersonen und die Untersuchungskommission – setzen sich in geeigneter Weise für den **Schutz** sowohl **der Hinweisgebenden** als auch der von den Vorwürfen **Betroffenen** ein.

Bei der Untersuchung der Vorwürfe wissenschaftlichen Fehlverhaltens sind Vertraulichkeit und der Grundgedanke der für Außenstehende geltenden **Unschuldsvermutung** zu beachten.

Die **Anzeige** der Hinweisgebenden muss **in gutem Glauben** erstattet werden. Bewusst unrichtig erhobene Vorwürfe können ein wissenschaftliches Fehlverhalten der Anzeigenden darstellen.

Allein wegen der Erstattung der Anzeige sollen weder den Hinweisgebenden noch den Betroffenen der Vorwürfe Nachteile für das eigene wissenschaftliche oder berufliche Fortkommen erwachsen.

Dortmund, 4. März 2020

Die Rektorin
der Technischen Universität Dortmund

Universitätsprofessorin
Dr. Dr. h.c. Ursula Gather